

Kein weiterer Urnengang für Heizkraftwerk

Es steht vorerst kein weiterer Urnengang in Sachen Ersatzbrennstoff-Heizkraftwerk (EBK) bevor. Mit den Stimmen der CDU-Mehrheit verwarf der Wachauer Gemeinderat auf seiner jüngsten Sitzung das von der Bürgerinitiative „Gesunde Zukunft – Keine Müllverbrennung bei Müllermilch“ (BI) eingeleitete Bürgerbegehren (DNN berichtet). „Ich begrüße die Entscheidung des Gemeinderates, da wir jetzt mit der Planung fortfahren können“, kommentierte Müllermilch-Projektleiter Martin Gump die Abstimmung.

Entscheidend für das Votum der Christdemokraten war nach Worten von Gemeinderat Thomas Redmer die Stellungnahme der Kommunalaufsicht. Geert Runge (FDP), Justiziar und Dezernent im Landratsamt Kamenz, kam zu dem Schluss, dass der Bürgerentscheid vom 10. Dezember 2006 keine Sperrwirkung für das jetzige Vorhaben von Müllermilch hat. Außerdem sei er um zwei Tage „verfristet“, so Runge. Grund dafür: Aus seiner Sicht hätten die Unterschriften bis zum 12. November 2007 eingereicht werden müssen. Das war aber erst am 14. November der Fall. Für BI-Rechtsanwalt Lothar Hermes startete die von Runge angeführte zweimonatige Frist erst mit der Bekanntmachung des Beschlusses im Amtsblatt „Radeberger“ am 28. September. Deshalb sei das Bürgerbegehren nicht verfristet. *Werner Peters*